

Nr. 371 | 20.10.2026

Polen-Analysen

Die innenpolitische Lage im Herbst 2026

ANALYSE	
Polen ein Jahr vor den Parlamentswahlen 2027	2
Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz	
UMFRAGEN	
Umfragen zu Parteien und Politikern	8
Umfragen zur Regierung von Ministerpräsident Tusk	11
Bewertung politischer Organe und Institutionen	14
CHRONIK	
6. Oktober – 19. Oktober 2026	19

Polen ein Jahr vor den Parlamentswahlen 2027

Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz

DOI: 10.31205/PA.371.01

Zusammenfassung

Ein Jahr vor den Parlamentswahlen 2027 in Polen hat die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk von der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) mit schlechten Umfragewerten, einem unsicheren außenpolitischen Umfeld und dem potentiellen Verlust von Koalitionspartnern zu kämpfen. Die innenpolitische Bilanz ist gemischt und zentrale Themen wie eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts oder die juristische Aufarbeitung der Regierungsjahre unter der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) kommen nur langsam voran. Trotz guter makroökonomischer Daten ist eine Wiederwahl also höchst unsicher, während sich gleichzeitig die rechte politische Landschaft neu aufstellt.

Rückhalt für die Regierung Tusk

Ein Jahr vor den nächsten Parlamentswahlen ist die in Polen regierende Sechsparteienkoalition um Ministerpräsident Donald Tusk von der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) mit einer ganzen Reihe von Problemen konfrontiert, die einen erneuten Wahlerfolg im Herbst 2027 zweifelhaft erscheinen lassen.

Polen leidet wie auch andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unter hohen Energiepreisen, die die Inflation in diesem Jahr auf 4,1 Prozent steigen ließen. Dank Übergewinnsteuer und Spritpreisbremse tanken die Konsumenten in Polen zwar deutlich günstiger als in Deutschland, doch die insgesamt gestiegenen Lebenshaltungskosten sind auch in Polen spürbar. Zudem findet der Krieg Russlands gegen die Ukraine direkt vor der polnischen Haustür statt, was Gefühle von Unsicherheit und Bedrohung in der polnischen Gesellschaft zunehmen lässt. Ähnlich wie auch in Deutschland ist die Spaltung der polnischen Gesellschaft stark ausgeprägt und die Opposition von rechts, also der zuvor regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und der Rechtsaußenpartei Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (Konfederacja Wolność i Niepodległość; kurz: Konföderation/Konfederacja), treibt die innenpolitische Zuspitzung weiter an. Nach dem Polarisierungsindex der Nichtregierungsorganisation *Our World in Data*, der gemeinsam mit der Universität Oxford erstellt wird, gehört Polen zu den am stärksten polarisierten Ländern in Europa. Erschwert wird die Situation zusätzlich durch Präsident Karol Nawrocki, der seit August 2025 sein Amt innehat und dessen Kandidatur von der PiS unterstützt wurde. Seit Amtseinführung legte der Staatspräsident so oft wie keiner seiner Vorgänger sein Veto gegen Vorhaben der Regierung ein und blockiert damit wichtige Projekte, mit denen die Regierung einerseits die umstrittene Justizreform der PiS zurückdrehen und andererseits Wahlversprechen bzw. Wählererwartungen umsetzen möchte. Bis zum

Oktober 2026 lehnte Nawrocki bereits 48 Gesetze ab, davon 37 im ersten Amtsjahr, was ein absoluter Rekord ist. Die meisten Präsidenten brachten es in ihrem ersten Amtsjahr kaum auf fünf Vetos und auch in absoluten Zahlen auf die gesamte Amtszeit bezogen liegt Präsident Nawrocki bereits nach gut einem Jahr klar vorn. Laut Verfassung kann der Präsident ein Gesetz zur Kontrolle seiner Verfassungsmäßigkeit an das Verfassungstribunal überweisen oder aber mit begründetem Antrag innerhalb von 21 Tagen sein Veto einlegen. Der Sejm kann das Veto mit 3/5-Mehrheit zurückweisen, und in diesem Fall wäre der Präsident zur Unterschrift gezwungen. Allerdings verfügt die aktuelle polnische Regierung nur über 239 Stimmen im Sejm, was zwar mehr als die erforderliche Mehrheit von 231 bei 460 Abgeordneten darstellt, aber weit von den notwendigen 276 Abgeordneten entfernt ist, die es bräuchte, um ein Präsidenten-Veto zurückzuweisen. Die Regierung ist also darauf angewiesen, sich mit dem direkt gewählten Präsidenten abzustimmen, der ohne die Last der täglichen Regierungsverantwortung nach wie vor in der Bevölkerung populär ist. Nach Umfragen des staatlichen Meinungsforschungsinstituts *CBOS* war Präsident Nawrocki mit 53 Prozent Zustimmung im September 2026 mit deutlichem Abstand der populärste Politiker im Land, während Ministerpräsident Tusk mit 37 Prozent Zustimmung nur auf dem siebten Platz liegt und ihm gegenüber das Misstrauen mit 51 Prozent zudem deutlich überwiegt. Zu guter Letzt wird sich der Ministerpräsident nach den kommenden Parlamentswahlen neue Partner für eine Regierung suchen müssen: Neben der Bürgerkoalition – ein bereits bei den letzten Wahlen angetretener Zusammenschluss aus Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Die Moderne (Nowoczesna), Initiative Polen (Inicjatywa Polska) und den Grünen (Zieloni) – würde aktuell wohl lediglich die Neue Linke (Nowa Lewica) die Fünf-Prozent-Hürde überwinden. Die gegenwärtigen Koalitionspartner der KO, die Par-

tei Polen 2050 (Polska 2050) und die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), würden sie dagegen nicht erreichen. Aus dem Parteienbündnis KO ist inzwischen eine Partei geworden, denn im Oktober 2025 ist die Verschmelzung von PO, Initiative Polen und Die Moderne zur Partei Bürgerkoalition erfolgt.

Umsetzung von Wahlversprechen?

Es gibt also Grund genug für die Regierung Tusk, eine Leistungsbilanz vorzustellen, und messen muss sie sich dabei nicht nur am Koalitionsvertrag, sondern auch an den 100 konkreten Programmpunkten, welche die Bürgerkoalition für die ersten 100 Tage ihrer Regierungszeit angekündigt hatte.

Erstes Ziel war natürlich die Abwahl der PiS und verbunden damit sollten deren Amtsjahre von 2015–2023 aufgearbeitet, die Rechtsstaatlichkeit wiederhergestellt und Frauenrechte gestärkt werden. Der Staat sollte wieder effizient in seinen Institutionen funktionieren, ohne die von der PiS betriebene Übernahme des Staates durch die Partei.

Die liberale Nichtregierungsorganisation *demagog*, die 2014 gegründet wurde mit dem Schwerpunkt, Aussagen von Politikern zu überprüfen, konstatierte, dass nach zwei Amtsjahren der Regierung Tusk lediglich fünf Wahlversprechen in der angekündigten Zeit und zwölf Wahlversprechen mit Verspätung umgesetzt worden seien. Weitere 35 Wahlversprechen wurden zumindest teilweise realisiert, während 43 nicht in Gesetze gegossen und fünf durch ein Veto des Präsidenten blockiert worden seien. Demzufolge ist der Präsident trotz seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Regierung und zahlreicher Vetos nur in geringem Umfang für diese Bilanz verantwortlich. Die Boulevardzeitung *Fakt* kommt zehn Monate später, also im Oktober 2026, zu einem noch ernüchternderen Fazit und sieht lediglich 39 Wahlversprechen als erfüllt an. Jetzt kann man natürlich fragen, welche Rolle das drei oder demnächst vier Jahre nach der letzten Parlamentswahl noch spielen wird. Hat dann noch jemand die konkreten Wahlversprechen im Kopf? Zudem entwickelt sich die polnische Wirtschaft weiterhin sehr gut, das Wirtschaftswachstum betrug im Jahr 2025 rund 3,6 Prozent und liegt auch in diesem Jahr deutlich über drei Prozent, Zahlen, von denen die deutsche Regierung nur träumen kann. Allerdings gehören zu den nicht umgesetzten Wahlversprechen auch Punkte, die für die Wählerinnen und Wähler wichtig waren und womöglich noch sind. Weiter betreffen sie Politikbereiche, die die polnische Demokratie stärken könnten wie beispielsweise die Aufarbeitung von Amtsmissbrauch unter der PiS-Regierung sowie der PiS-Justizreform. Diese hatte die EU immerhin veranlasst, ein Artikel-7-Verfahren gegen Polen wegen des Verdachts der Verletzung der Rechtsstaatlichkeit einzuleiten. Das

EU-Verfahren wurde bereits im Mai 2024 eingestellt, aber die Justizreform zurückzudrehen, ist bis dato nicht realisiert worden und auch die Aufarbeitung von Amtsmissbrauch kommt nur schleppend voran.

Angestrebte Veränderungen im Justizwesen

Die Vetos des Präsidenten betreffen unter anderem Gesetze, welche die Justizreform der PiS rückgängig machen sollten. Einer der Knackpunkte betrifft den Landesjustizrat (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS), ein Gremium aus 25 Mitgliedern, das alle Kandidaten und Kandidatinnen für ein Richteramt überprüfen muss. Eine von der PiS verabschiedete Novelle des Gesetzes über den KRS vom November 2017 sorgte dafür, dass nun 15 der 25 Mitglieder vom Sejm bestimmt werden und nicht wie zuvor durch Richter allein. Dadurch wurde nach Ansicht der EU und auch der Mehrheit der polnischen Rechtsexperten die Unabhängigkeit der Justiz und der Gerichte beeinträchtigt, und auch Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte verlangten eine Änderung und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Justiz. Ein von der aktuellen Regierung eingebrachtes Gesetzesvorhaben, um dies über eine Novelle umzusetzen, wurde noch vom Amtsvorgänger Nawrockis, Andrzej Duda (2015–2025, ebenfalls der PiS nahestehend), zur Prüfung an das Verfassungstribunal überwiesen. Dieses stellte im November 2025 fest, dass der Gesetzesentwurf nicht verfassungskonform sei. Eine Veröffentlichung des Urteils im polnischen Gesetzblatt steht aber noch aus, da auch dieses Urteil wie alle anderen nicht veröffentlicht wird, seitdem der aktuelle Sejm am 6. März 2024 eine Resolution verabschiedete, wonach die Zusammensetzung des Verfassungstribunals nicht korrekt sei und seine Urteile somit keine Rechtskraft hätten. Eine Lösung des Problems ist zurzeit nicht in Sicht, denn sie wird mit Präsident Nawrocki nicht möglich sein.

Auch die angesprochene Zusammensetzung des Verfassungstribunals selbst ist Gegenstand von Auseinandersetzungen. Seit 2015 wird diese moniert, da zunächst der alte Sejm mit der Mehrheit der damaligen Regierungspartei PO und dann im Herbst 2015 der neue Sejm mit PiS-Mehrheit Richter in das Verfassungstribunal wählte, deren Berufung nicht korrekt war. Gleichzeitig wurden korrekt vom PO-dominierten Sejm gewählten Richtern vom damaligen Staatspräsidenten Andrzej Duda nicht der Amtseid abgenommen. Die nicht korrekt vom PiS-dominierten Sejm gewählten Richter werden auch Doubles genannt und Entscheidungen, an denen sie beteiligt sind, werden gegenwärtig nicht anerkannt. Daher nahm die aktuelle Regierung am 6. März 2024 ein Gesetzespaket an, um das Verfassungstribunal neu zu konstituieren. Dieses Gesetz wurde vom damaligen

Staatspräsidenten Duda allerdings an das Verfassungs-tribunal überwiesen, das dessen Verfassungskonformität in Zweifel zog und das Vorhaben stoppte. Gegenwärtig agiert somit auch das Verfassungs-tribunal unverändert nach den Gesetzen, die von der PiS im Rahmen der Justizreform erlassen wurden, wobei zurzeit lediglich acht von 15 Richterstellen besetzt sind. Wie im Fall des KRS haben wir es auch hier mit einer Blockade zu tun und auch hier gibt es ein Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union aus dem Jahr 2025, das die Zusammensetzung des Verfassungs-tribunals als fehlerhaft einschätzt, was Auswirkung auf dessen Unabhängigkeit habe.

Verdacht des Amtsmissbrauchs durch die PiS-Regierungen

Zu den Wahlversprechen der KO gehörte auch, Verantwortliche der PiS-Regierung wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs und der Verletzung der Verfassung vor den Staatsgerichtshof zu stellen. Zudem wurde dies auch im Koalitionsvertrag angekündigt. Bisher ist allerdings noch kein Politiker des ehemaligen Regierungslagers angeklagt worden, wenngleich mehrere Verfahren eingeleitet wurden. Der ehemalige Justizminister der PiS-Regierungen, Zbigniew Ziobro, den die Staatsanwaltschaft in 26 Punkten anklagen möchte, entzog sich der Strafverfolgung durch eine Flucht nach Ungarn und nach dem Wahlsieg von Péter Magyaros oppositioneller Tisza-Partei in den ungarischen Parlamentswahlen im April 2026 dann in die USA. Ziobro wird unter anderem der nicht legale Erwerb der israelischen Spionagesoftware Pegasus, die Organisation einer kriminellen Vereinigung und die Zweckentfremdung von Mitteln aus dem Gerechtigkeitsfond (Fundusz Sprawiedliwości) vorgeworfen, der Zeugen und Opfern von Gewalt helfen soll und über den der Justizminister qua Amt die Aufsicht führt. Solange aber Ziobro im Ausland weilt, ruht der Prozess, obgleich eine parlamentarische Untersuchungskommission zur Pegasus-Software, die im Januar 2024 eingesetzt wurde, weiterarbeitet und unter anderem den Einsatz der Software gegen Oppositionspolitiker in den Fokus nimmt. Die Untersuchungen erstrecken sich auch auf die Tätigkeit der Polnischen Nationalstiftung (Polska Fundacja Narodowa), die 2016 für die Imagepflege Polens im Ausland gegründet wurde. Allerdings wurden Mittel der Stiftung für die Kampagne »Gerechte Gerichte« (Sprawiedliwe Sądy), die die PiS-Justizreform unterstützen sollte, verwandt und damit nach Ansicht von Gerichten zweckentfremdet. In diesem Kontext wurden im September 2026 zwei ehemalige Berater der PiS, Piotr Matczuk und Anna Plakwicz, von der Antikorruptionsbehörde festgenommen und zwecks Anhörung der Staatsanwaltschaft überstellt, da sie für die erwähnte Kampagne verantwortlich zeichnen. Anna Plakwicz arbeitet gegenwärtig für den Staats-

präsidenten, während Piotr Matczuk für die PiS-nahe Fernsehstation TV Republika tätig ist. Gegen weitere führende Mitglieder der damaligen PiS-Regierung wird ermittelt, und es ist wahrscheinlich, dass bis zum Herbst 2027 noch mehr PiS-Politiker mit Anklagen zu rechnen haben, doch die Mühlen der Justiz mahlen bekanntlich langsam. Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *IBRiS* im Auftrag des Webportals *Wirtualna Polska* zufolge erachtete Mitte Oktober 2026 annähernd die Hälfte (48,9 Prozent) der Befragten die Aufarbeitung unter Justizminister Waldemar Żurek als nicht gelungen. Es zeigt sich, dass eine rechtsstaatliche Aufarbeitung von Unregelmäßigkeiten, möglichen Verfassungsverletzungen und die Umkehr der Justizreform innerhalb von vier Jahren nicht zu gewährleisten ist.

Mehr Geld in der Tasche und mehr Rechte für Frauen?

Vielleicht wichtiger für die polnischen Wähler sind andere Dinge. So sollte eine Steuerreform Einkommen unterhalb von 60.000 Zloty (ca. 13.700 Euro) von der Steuer befreien, was bis dato allerdings aus Kostengründen nicht erfolgt ist. Auch die während des Wahlkampfes angekündigte Aufwertung von Renten und Pensionen, um der hohen Inflation zu begegnen, ist an den Kosten gescheitert und ebenso wenig erfolgt wie der Mietkostenzuschuss von 600 Zloty (ca. 137 Euro) für junge Leute.

Schließlich bleibt auch ein anderes Vorhaben in der politischen Warteschleife, und zwar die Liberalisierung des Abtreibungsrechts. Das dürfte für Frauen sehr wichtig sein, da seit einem Urteil des Verfassungs-tribunals vom Oktober 2020 ein Schwangerschaftsabbruch nur noch möglich ist bei Gefährdung des Lebens der Frau oder wenn die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung oder einer inzestuösen Beziehung ist. Eine soziale Indikation oder ein Abbruch infolge einer Schädigung des Fötus sind damit verboten. Unmittelbar nach dem Wahlsieg der Opposition im Herbst 2023 wurden aus den Parteien der entstehenden Regierungskoalition insgesamt vier Gesetzesvorhaben zur Liberalisierung des Abtreibungsrechts in den Sejm eingebracht, die sich für eine Entkriminalisierung von Personen, die einen Abbruch unterstützen, die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs auf Wunsch der Frau bis zur zwölften Woche oder für eine Rückkehr zum alten Kompromiss in dieser Frage aus dem Jahr 1993 aussprechen. Das damalige Gesetz, welches durch den Urteilsspruch des Verfassungs-tribunals aus dem Jahr 2020 aufgehoben wurde, sah zwar keine soziale Indikation und auch keinen Abbruch auf Wunsch in einer bestimmten Karenzzeit, wohl aber einen Abbruch bei Gefahr für Leben und Gesundheit der Frau, im Falle von Vergewaltigung oder Inzest und bei Schädigung des Fötus vor. Eine außer-

ordentliche parlamentarische Kommission hat nun im Oktober 2026 zwei Gesetzesentwürfe zur Abstimmung empfohlen, über die der Sejm Ende Oktober 2026 befinden soll. Der erste Entwurf sieht eine Entkriminalisierung für Personen vor, die bei einem Abbruch tätig sind, der zweite sieht einen Abbruch auch bei Schädigung des Fötus vor, mithin eine Rückkehr zum Kompromiss aus dem Jahr 1993. Unabhängig vom Ergebnis der Abstimmung ist allerdings klar, dass beide Gesetze am Veto des Präsidenten scheitern werden.

Erwartungen der Bevölkerung

Regelmäßig erfragt wird vom staatlichen Meinungsforschungsinstitut CBOS auch, welche Erwartungen die Bevölkerung gegenüber der Regierung hat, zuletzt so durchgeführt im September 2026. Höchste Priorität genießen danach annähernd auf gleichem Niveau der Zugang zu medizinischen Leistungen und die Verbesserung der Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit des Landes, gefolgt von der Bekämpfung der illegalen Immigration. Auch die Stärkung der Position Polens in Europa und der Welt sowie der Kampf gegen die Inflation werden als wichtig erachtet wie auch die Verbesserung der Tätigkeit von Staatsanwaltschaften und Gerichten. Hingegen wird die Aufarbeitung der Regierungsjahre der PiS von weniger als der Hälfte der Befragten als wesentlich angesehen – kein Wunder angesichts der politischen Polarisierung im Land. Bei der Frage der Änderung des Abtreibungsrechts sieht immerhin knapp die Hälfte die Angelegenheit als wichtig an, während man bezüglich der energetischen Transformation des Landes eine Zweiteilung in der Gesellschaft erkennen kann.

Ein Jahr vor den Wahlen im Jahr 2027 sieht sich die Regierung Tusk in Umfragen mit mehr Ablehnung als Zustimmung konfrontiert, ein Zustand, der über das gesamte letzte und auch über dieses Jahr angehalten hat. Regieren ist nicht nur in Deutschland mühsam, sondern auch in Polen. Ministerpräsident Donald Tusk muss aber nicht nur mit schlechten Umfragewerten kämpfen und weiter an der Leistungsbilanz der Regierung arbeiten, sondern er muss sich mit Blick auf den Wahltermin auch Gedanken über mögliche zukünftige Koalitionen machen, da sich die politische Landschaft in Polen gegenwärtig stark verändert.

Politische Landschaft im Umbruch

Wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahlen in Polen stattfinden würden, kämen von den fünf Parteien bzw. Parteienzusammenschlüssen, die 2023 Mandate im Sejm erringen konnten, nur noch drei sicher in den Sejm. Aktuell ist die Bürgerkoalition von Ministerpräsident Tusk in Umfragen die stärkste Partei und könnte mit etwas mehr als 30 Prozent Zustimmung rechnen (Wahlergebnis 2023: 30,7 Prozent). Die Partei Polen

2050, die 2023 ein Wahlbündnis mit der Bauernpartei PSL eingegangen ist, liegt in Umfragen unter einem Prozent und auch die PSL befindet sich mit nur knapp fünf Prozent unterhalb der Schwelle. Da letztere aber auf dem Land nach wie vor Stammwähler hat, könnte es sein, dass sie bei guter Wählermobilisierung die Fünf-Prozent-Hürde nehmen wird, zumal ihr Vorsitzender Władysław Kosiniak-Kamysz als Verteidigungsminister in Polen zu den populärsten Politikern zählt – deutlich vor Ministerpräsident Tusk. Auch die Neue Linke liegt in den meisten Umfragen zwar über der Fünf-Prozent-Hürde, aber nicht in allen, und angesichts der vorherrschenden Polarisierung ist ihr Wiedereinzug ins Parlament auch nicht sicher. Die selbständig operierende Partei Gemeinsam (Razem), die sich bisher einer Fusionierung mit der Neuen Linken verschloss, hat mit etwa vier Prozent aktuell wenig Chancen, wieder in den Sejm einzuziehen. Im Jahr 2023 gelang ihr dies über eine gemeinsame Liste mit der Neuen Linken. Ministerpräsident Tusk gehen damit die bisherigen Koalitionspartner ziemlich sicher verloren, so dass er unter Umständen nur einen Pyrrhussieg erringen wird. Sowohl die Neue Linke als auch die PSL müssten schon im Sejm vertreten sein und selbst dann wird es voraussichtlich nicht reichen, da moderatere Töne momentan nicht belohnt werden.

Auf der rechten Seite der politischen Landschaft ist zwar längst noch nicht alles eitel Sonnenschein, aber es besteht zumindest die Chance, der aktuellen Regierung die Mehrheit abzugeben. Ob dann allerdings daraus eine tragfähige Regierungsmehrheit entstehen kann, erscheint momentan fraglich angesichts der existierenden Friktionen und programmatischen Unterschiede.

Stärkste Kraft nach der Bürgerkoalition ist nach wie vor die PiS. Die Partei unter dem Vorsitz von Jarosław Kaczyński könnte gegenwärtig mit etwa 20 Prozent rechnen, was deutlich weniger ist als bei den letzten Parlamentswahlen, in denen sie mit 35,38 Prozent den ersten Platz errang. Hintergrund dürften die Konflikte innerhalb des Lagers der sogenannten Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) sein, das von der PiS angeführt wird. Die ungeklärte Frage der Nachfolge Kaczyńskis und wohl auch inhaltliche Differenzen führten dazu, dass der langjährige Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (2017–2023) aus der Fraktion der PiS ausgeschlossen wurde. Nachdem Kaczyński während eines Parteikonvents im März 2026 den stellvertretenden Parteivorsitzenden Przemysław Czarnek als Kandidaten der PiS für das Amt des Ministerpräsidenten in den nächsten Parlamentswahlen vorgestellt hatte, gründete Morawiecki innerhalb der PiS eine Gruppierung mit der Bezeichnung Entwicklung Plus (Rozwój Plus). Während der ehemalige Banker Morawiecki eher als gemäßigt gilt und insbesondere für die ökonomische Entwicklung Polens steht, wird Czarnek zu den weltan-

schaulich sehr konservativen Vertretern der PiS gezählt. Kaczyńskis Kalkül dürfte unter anderem sein, mit dieser Nominierung der extremen Rechten, die in Umfragen zulegt, Wähler wieder abspenstig zu machen. Ob das Kalkül aufgeht, bleibt abzuwarten. Da sich der Gruppierung von Morawiecki sehr bald Dutzende Abgeordnete anschlossen, forderte Kaczyński eine Loyalitätserklärung, und im Juni 2026 verlangte die PiS ultimativ, entweder aus der Gruppierung Entwicklung Plus auszutreten oder aber die PiS zu verlassen. Schließlich kehrten 40 Abgeordnete, zwei Senatoren und drei EU-Parlamentarier der PiS zugunsten von Entwicklung Plus den Rücken. In Umfragen liegt die Gruppierung allerdings bei knapp unter fünf Prozent, so dass ein Einzug ins Parlament sehr unsicher ist.

Zulegen konnten in den Umfragen hingegen Parteien der äußersten Rechten, vornweg die nationalpopulistische und in Teilen rechtsextreme Partei Konföderation, die gegenwärtig auf etwa zwölf Prozent hoffen dürfte. In den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2025 konnte ihr Kandidat Sławomir Mentzen, Kovorsitzender der Konföderation, in der ersten Runde 14,81 Prozent der Stimmen holen. Eine Überraschung ist aktuell der Erfolg der Partei Konföderation der Polnischen Krone (Konfederacja Korony Polskiej – KKP), die 2019 gegründet wurde und in Umfragen bei etwas mehr als acht Prozent liegt. Ihr Vorsitzender, der Regisseur Grzegorz Braun, seit 2024 Mitglied des Europaparlaments, bezeichnet sich selbst als Monarchisten, wird aber vor allem als gewalttätiger, rechtsextremer, antisemitischer und homophober Mensch wahrgenommen. Noch als Abgeordneter des Sejm löschte er im Dezember 2023 im Sejm die Kerzen auf einem Chanukka-Leuchter, wofür er mit einem temporären Ausschluss von Parlamentssitzungen und einer Geldstrafe belegt wurde. Auch weitere Aktionen Brauns sind aktuell Gegenstand von Gerichtsverfahren. Er plädiert nicht nur für einen Austritt aus der EU, sondern möchte diese zerstören.

Diese kurze Charakterisierung der beiden Parteien rechts der PiS macht deutlich, dass aus einer eventuellen Mehrheit der Opposition nicht so einfach eine Regierung gebildet werden kann. Ähnlich wie Ministerpräsident Tusk auf Wahlerfolge seiner Koalitionspartner hoffen muss, ist auch Jarosław Kaczyński darauf angewiesen, dass weder die Konföderation noch die Konföderation der Polnischen Krone zu stark werden und die Partei Entwicklung Plus um den ehemaligen Ministerpräsidenten Morawiecki den Weg ins Parlament schafft. Nicht auszuschließen ist aber auch, dass es vor den Wahlen noch Zusammenschlüsse von Parteien zu Wahlbündnissen geben wird. Kandidaten dafür sind sowohl die PSL als auch die Parteien Gemeinsam und Entwicklung Plus.

Die polnische Gesellschaft zwischen Ukraine-Krieg, Verunsicherung und Zukunftssorgen

Auch in der polnischen Gesellschaft drücken sich die multiplen Krisen in einer großen Verunsicherung und in Zukunftssorgen aus. Dabei zeigt sich, dass die bestehende Polarisierung der polnischen Gesellschaft ungebrochen ist.

Trotz der insgesamt sehr guten ökonomischen Entwicklung des Landes ist seit Jahren die Mehrheit der Polen in Umfragen der Ansicht, dass die Entwicklung im Land im Allgemeinen in eine schlechte Richtung geht. Allerdings sahen das in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS im Juni 2026 vor allem Anhänger der Opposition so, während Unterstützer von KO und Neuer Linken überwiegend positiv auf diese Frage antworteten. Die ökonomische Entwicklung wird im Gegensatz zur politischen Entwicklung im Durchschnitt von der Mehrheit aber als gut bewertet. Die persönliche Situation wird von einer klaren Mehrheit der Befragten sogar mit über 60 Prozent als gut eingeschätzt – und zwar schon seit 2024.

Der Regierung wird allerdings mit Misstrauen begegnet und nach jüngsten Umfragen von CBOS lehnten im September 2026 45 Prozent die Regierung ab, während 33 Prozent sie unterstützten bei 20 Prozent Gleichgültigen und drei Prozent, die sich nicht festlegen wollten. Aber auch hier ist eine klare Polarisierung im Land auszumachen. Anhänger der KO bezeichneten sich zu 90 Prozent als Unterstützer, bei Personen, die sich mit der PiS, der Konföderation oder der KKP verbunden fühlen, liegen die Werte im einstelligen Bereich.

Andere Fragen, welche die Gesellschaft belasten, sind insbesondere der Ukraine-Krieg und die Inflation, beides Themen, die ebenso wie die Migrationsfrage im Wahlkampf eine Rolle spielen dürften.

Vor dem Hintergrund historischer Konflikte zwischen Polen und Ukrainern wird die Frage des bilateralen Verhältnisses und der aktuellen polnischen Unterstützung für die von Russland angegriffene Ukraine kontrovers diskutiert. Nachdem der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Ende Mai 2026 einer ukrainischen Militäreinheit den Ehrennamen »Helden der UPA« verliehen hatte, entzog der polnische Präsident Nawrocki seinem Amtskollegen im Juni die höchste polnische Auszeichnung, den Orden des Weißen Adlers. Hintergrund ist, dass die Ukrainische Aufstandsarmee (ukr. UPA) einen Genozid an Polen in Wolhynien in den Jahren 1943/44 verübte. Seriöse Historiker wie beispielsweise Grzegorz Motyka schätzen die Zahl der polnischen Opfer auf 50.000–60.000. Umfragen von CBOS aus dem Sommer 2026 zufolge sehen 45,4 Prozent der Befragten diese Ereignisse als Hauptgrund für die Verschlechterung der bilateralen Beziehungen an und natür-

lich wird dieses Thema von der extremen Rechten ausgeschlachtet. Während die Mehrheit der Bevölkerung die Unterstützung für die Ukraine mitträgt, sind gerade Anhänger der Konföderation und der KKP mit 48 Prozent im Juli 2026 laut einer *CBOS*-Umfrage der Ansicht, dass die Ukraine zu viel Hilfe vom Westen erfahre. Auch die Akzeptanz für eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine ist deutlich zurückgegangen. Im März 2022 sprachen sich der gleichen Umfrage zufolge noch 60 Prozent für eine möglichst schnelle Mitgliedschaft und 30 Prozent gleichfalls für eine Mitgliedschaft, allerdings etwas langsamer, aus. Im Juli 2026 waren nur noch neun Prozent der Befragten für eine schnellstmögliche Mitgliedschaft, 41 Prozent für eine Mitgliedschaft, aber mit weniger Tempo, und 40 Prozent waren gegen eine Mitgliedschaft.

Da auch nur eine Minderheit die Wirtschaftspolitik der Regierung Tusk positiv bewertet, wird das Thema Inflation neben Migrationsfragen sicherlich auch eine Rolle im anstehenden Wahlkampf spielen. Obgleich die ökonomische Situation des Landes gut ist und die Mehrheit der Polen auch ihre persönliche Situation positiv bewertet, drückt sich das in politischen Einschätzungen nicht immer aus. Vielmehr nimmt der Trend zu extremen Ansichten verknüpft mit der Fragmentierung der Öffentlichkeit zu.

Die Parlamentswahlen und ihre möglichen Folgen

Keine Frage, bei den Parlamentswahlen im Herbst 2027 steht viel auf dem Spiel. Die Bilanz der aktuellen Regierung ist eher gemischt. Positiv lässt sich festhalten, dass die Wirtschaft nach wie vor wächst. Der Anstieg der Staatsverschuldung ist nicht so dramatisch, wie innenpolitisch zum Teil dargestellt wird, und der Anteil der Staatsschulden gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegt bei 61,6 Prozent; in Deutschland liegt die Quote bei 63,4 Prozent. Damit gehört Polen zu den wirtschaftlich soliden Ländern in der EU. Auch die Gewinnung von EU-Mitteln im Rahmen des SAFE-Programms zur Stärkung der polnischen Verteidigungsfähigkeit verlief erfolgreich und gelang zudem gegen den Widerstand des Präsidenten. Schließlich ist auch die Freigabe der Mittel aus den Strukturfonds der EU für Polen eine gute Nachricht, waren diese doch seit Jahren infolge der Justizreform der PiS und Zweifeln an der Unabhängigkeit

der Gerichte eingefroren. Gemischt ist die Bilanz der Regierung bei der ökologischen Transformation, insbesondere bei der E-Mobilität kommt man kaum voran. Da dieses Thema aber nicht die Stärke der Opposition ist, dürfte das für den anstehenden Wahlkampf keine Rolle spielen. Negativ ist festzuhalten, dass eine grundlegende Reform des Gesundheitssystems aussteht. Auch die Wohnungssituation ist nach wie vor angespannt. Es wird im europäischen Vergleich zu wenig gebaut und die Preise in den Metropolregionen sind hoch. Ein Problem, das langsam auf Polen zurollt, ist ferner die demographische Entwicklung. Nach einem Bevölkerungshoch Ende der 1990er Jahre schrumpft die Bevölkerung und jede neue Regierung wird sich dieses Problems annehmen müssen. Andere Fragen wie die Liberalisierung des Abtreibungsrechts sind noch in der Schwebe oder sind wie die Aufarbeitung der Regierungsjahre der PiS erst mit Verzögerung angelaufen, benötigen aber voraussichtlich viel Zeit, und es ist unklar, ob diese Zeit gegeben sein wird. Das hängt vor allem vom Ausgang der Parlamentswahlen im kommenden Jahr ab.

Ein Wahlsieg der PiS und eine mögliche Regierungsübernahme hätte natürlich Auswirkungen auf die Aufarbeitung der PiS-Regierungsperiode und wäre problematisch sowohl für die EU als auch die deutsch-polnischen Beziehungen. Noch problematischer als eine Rückkehr der PiS wären aber wohl ihre potentiellen Koalitionspartner wie die Konföderation oder gar die Konföderation der Polnischen Krone. Falls eine solche Regierung gebildet würde, wäre sie wohl eher instabil und würde den Diskurs weiter nach rechts verschieben. So sollte der PiS also an einem Wahlerfolg der Partei Entwicklung Plus als möglichem Koalitionspartner gelegen sein. Auch die linke Partei Gemeinsam liegt aktuell unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde und damit ist sie wie Entwicklung Plus ein möglicher Partner für Wahlbündnisse. Die Zukunft der künftigen Regierung wird womöglich davon abhängen, wer es schafft, eine der beiden Parteien einzubinden. Entwicklung Plus schließt momentan eine Koalition mit der KO und mit der Konföderation der Polnischen Krone aus, aber der Wahlkampf hat noch nicht begonnen und offizielle Unvereinbarkeitsbeschlüsse existieren in der polnischen Politik nicht. Den politischen Beobachtern steht in jedem Fall ein spannender Wahlkampf mit offenem Ausgang bevor.

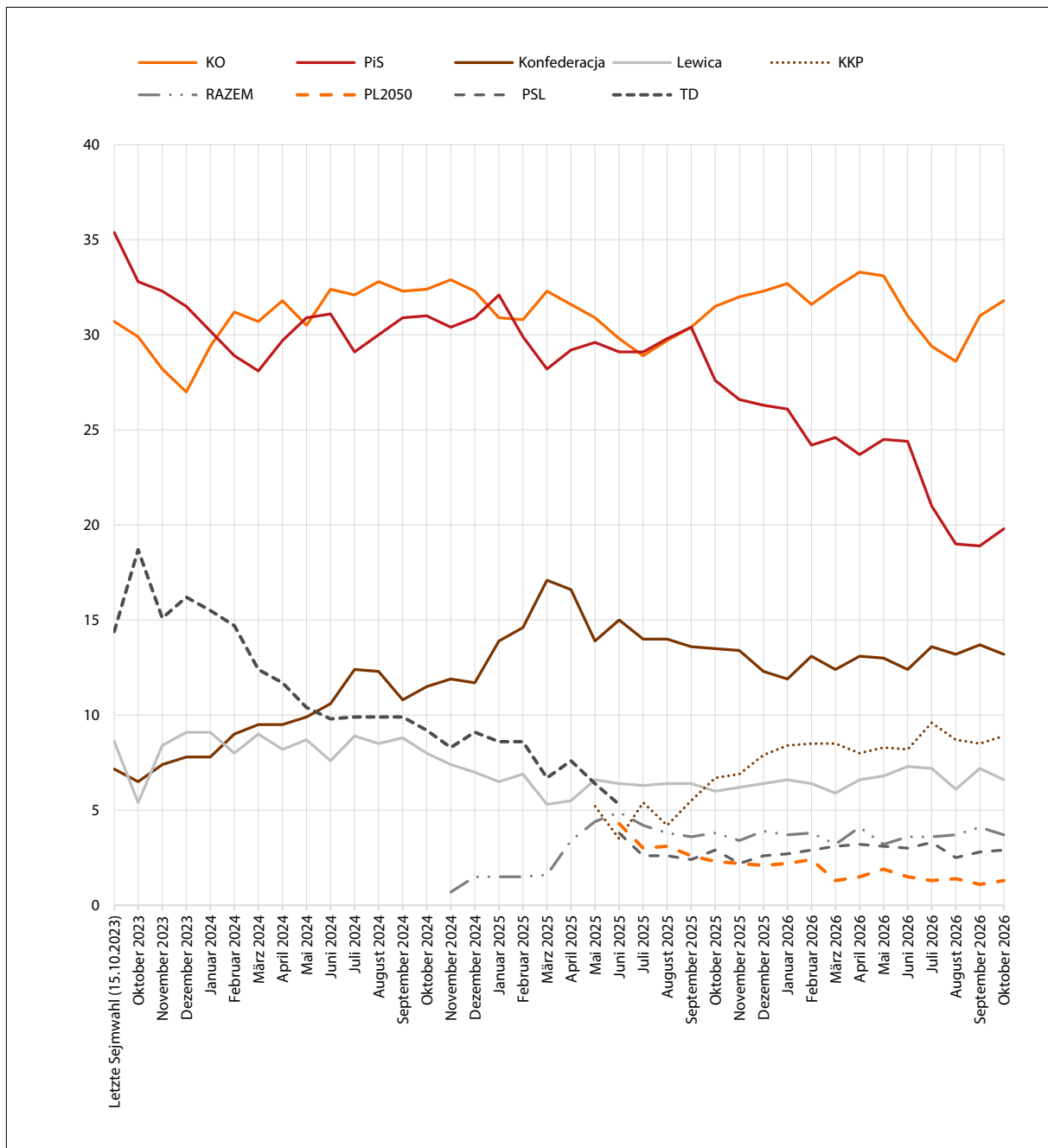
Über den Autor

Prof. Dr. *Stefan Garsztecki*, Politologe und Historiker, hat die Professur für Kultur- und Länderstudien an der Technischen Universität Chemnitz inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. die polnische Innenpolitik, die deutsch-polnischen Beziehungen und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa.

UMFRAGEN

Umfragen zu Parteien und Politikern

Grafik 1: Parteipräferenzen, 15. Oktober 2023 (Datum der letzten Sejmwahl) bis Oktober 2026



Anm.: Die Kategorie »unentschiedene Wähler« wird nicht aufgeführt.

KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konfederacja/Konföderation; Lewica/Neue Linke; KKP – Konfederacja Korony Polskiej/Konföderation der Polnischen Krone; Razem/Gemeinsam; PL 2050 – Polska 2050/Polen 2050; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; TD – Trzecia Droga/Dritter Weg (= Polska 2050 + PSL)

Quelle: <https://ewybyory.eu/sondaze/> (abgerufen am 19.10.2026).

Tabelle 1: Parteipräferenzen, 15. Oktober 2023 (Datum der letzten Sejmwahl) bis Oktober 2026

	KO	PiS	Konfede- racja	Lewica	KKP	RAZEM	PL2050	PSL	TD
Letzte Sejmwahl (15.10.2023)	30,7	35,38	7,16	8,61					14,4
Oktober 2023	29,9	32,8	6,5	5,4					18,7
November 2023	28,2	32,3	7,4	8,4					15,1
Dezember 2023	27	31,5	7,8	9,1					16,2
Januar 2024	29,4	30,2	7,8	9,1					15,5
Februar 2024	31,2	28,9	9	8					14,7
März 2024	30,7	28,1	9,5	9					12,4
April 2024	31,8	29,7	9,5	8,2					11,7
Mai 2024	30,5	30,9	9,9	8,7					10,4
Juni 2024	32,4	31,1	10,6	7,6					9,8
Juli 2024	32,1	29,1	12,4	8,9					9,9
August 2024	32,8	30	12,3	8,5					9,9
September 2024	32,3	30,9	10,8	8,8					9,9
Oktober 2024	32,4	31	11,5	8					9,2
November 2024	32,9	30,4	11,9	7,4		0,7			8,3
Dezember 2024	32,3	30,9	11,7	7		1,5			9,1
Januar 2025	30,9	32,1	13,9	6,5		1,5			8,6
Februar 2025	30,8	29,9	14,6	6,9		1,5			8,6
März 2025	32,3	28,2	17,1	5,3		1,6			6,7
April 2025	31,6	29,2	16,6	5,5		3,4			7,6
Mai 2025	30,9	29,6	13,9	6,6	5,2	4,4			6,4
Juni 2025	29,8	29,1	15	6,4	3,5	4,9	4,3	3,8	5,3
Juli 2025	28,9	29,1	14	6,3	5,4	4,2	3	2,6	
August 2025	29,7	29,8	14	6,4	4,2	3,8	3,1	2,6	
September 2025	30,4	30,4	13,6	6,4	5,5	3,6	2,6	2,4	
Oktober 2025	31,5	27,6	13,5	6	6,7	3,8	2,3	2,9	
November 2025	32	26,6	13,4	6,2	6,9	3,4	2,2	2,2	
Dezember 2025	32,3	26,3	12,3	6,4	7,9	3,9	2,1	2,6	
Januar 2026	32,7	26,1	11,9	6,6	8,4	3,7	2,2	2,7	
Februar 2026	31,6	24,2	13,1	6,4	8,5	3,8	2,4	2,9	
März 2026	32,5	24,6	12,4	5,9	8,5	3,2	1,3	3,1	
April 2026	33,3	23,7	13,1	6,6	8	4,1	1,5	3,2	
Mai 2026	33,1	24,5	13	6,8	8,3	3,2	1,9	3,1	
Juni 2026	31	24,4	12,4	7,3	8,2	3,6	1,5	3	
Juli 2026	29,4	21	13,6	7,2	9,6	3,6	1,3	3,3	
August 2026	28,6	19	13,2	6,1	8,7	3,7	1,4	2,5	
September 2026	31	18,9	13,7	7,2	8,5	4,1	1,1	2,8	
Oktober 2026	31,8	19,8	13,2	6,6	8,9	3,7	1,3	2,9	
	KO	PiS	Konfede- racja	Lewica	KKP	RAZEM	PL2050	PSL	TD

Anm.: Die Kategorie »unentschiedene Wähler« wird nicht aufgeführt.

KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konfederacja/Konföderation; Lewica/Neue Linke; KKP – Konfederacja Korony Polskiej/Konföderation der Polnischen Krone; Razem/Gemeinsam; PL 2050 – Polska 2050/Polen 2050; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; TD – Trzecia Droga/Dritter Weg (= Polska 2050 + PSL)

Quelle: <https://ewybory.eu/sondaze/> (abgerufen am 19.10.2026).

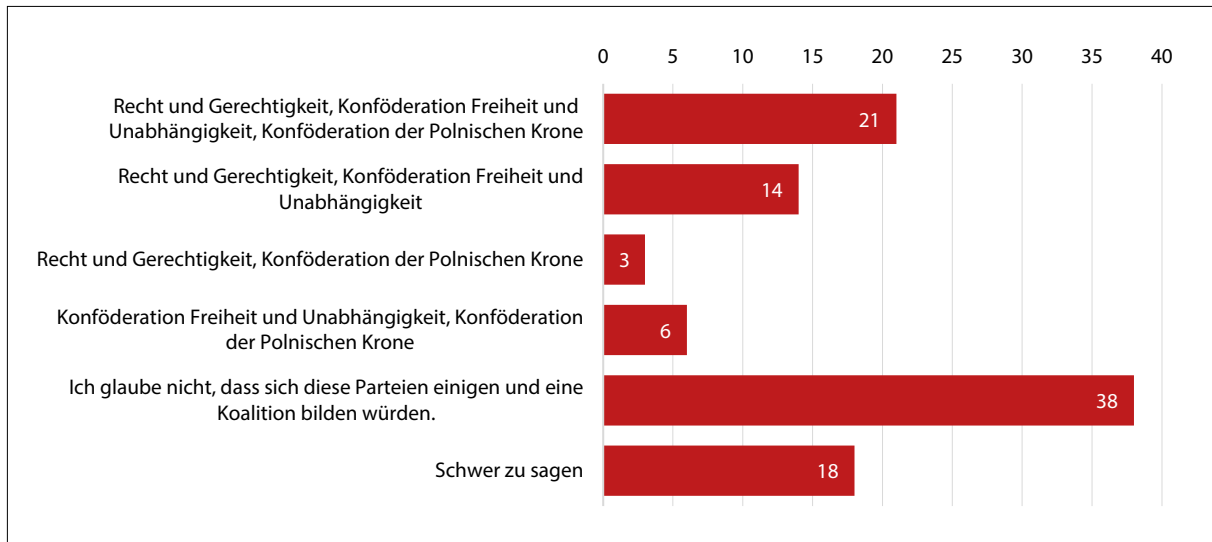
Tabelle 2: Vertrauen zu Politikern (% , September 2026)

	Vertrauen	Gleichgültigkeit	Misstrauen	Schwer zu sagen/ keine Antwort	Name nicht bekannt
Karol Nawrocki Staatspräsident	53	8	35	3	0
Władysław Kosiniak- Kamysz, stellv. Ministerpräsident, Verteidigungsminister, PSL	45	13	30	5	8
Radosław Sikorski, Außenminister, KO	43	10	35	4	7
Rafał Trzaskowski, Stadtpräsident von Warschau, KO	39	11	45	4	1
Krzysztof Bosak, stellv. Sejmmarschall, Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit	37	15	32	4	11
Donald Tusk, Ministerpräsident, KO	37	8	51	3	0
Włodzimierz Czarzasty, Sejmmarschall, Neue Linke	31	14	39	5	12
Sławomir Mentzen, Abgeordneter der Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit	31	14	44	4	6
Mateusz Morawiecki, Gründer der Partei Entwicklung Plus	28	15	52	4	1
Adrian Zandberg, Vorstandsmitglied der Partei Gemeinsam	27	16	29	5	23
Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der PiS	26	13	56	4	1
Grzegorz Braun, Vorsitzender der Partei Konföderation der Polnischen Krone	20	11	60	4	6

PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit/Konfederacja Wolność i Niepodległość – Konfederacja WiN; Neue Linke/Nowa Lewica; Entwicklung Plus/Rozwój Plus; Gemeinsam/Razem; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konföderation der Polnischen Krone/Konfederacja Korony Polskiej

Quelle: CBOS: Komunikat z badań 102/2026: Zaufanie do polityków pod koniec września [Vertrauen zu Politikern Ende September]. Warszawa 10/2026. www.cbos.pl

Grafik 1: Wenn die Parteien, die heute das rechtsorientierte oppositionelle Lager bilden – Recht und Gerechtigkeit, Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit sowie die Konföderation der Polnischen Krone –, nach den Parlamentswahlen 2027 die Chance hätten, eine Koalitionsregierung zu bilden, wie würde sich dann die Koalition zusammensetzen? (%)



Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS; Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit/Konfederacja Wolność i Niepodległość – Konfederacja WiN; Konföderation der Polnischen Krone/Konfederacja Korony Polskiej

Quelle: CBOS Flash 21/2026: Polacy o możliwych koalicjach przed i po wyborach parlamentarnych w 2027 roku [Die Polen über mögliche Koalitionen vor und nach den Parlamentswahlen 2027]. Warszawa 06/2026. www.cbos.pl

Umfragen zur Regierung von Ministerpräsident Tusk

Tabelle 1: Womit sollte sich die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk aktuell vor allem beschäftigen? (%)

	07/2024	01/2025	11/2025	09/2026
Verbesserung des Zugangs zu medizinischen Leistungen				
sehr wichtig	66	65	68	64
wichtig	21	25	25	28
mittelmäßig wichtig	6	5	2	3
unwichtig	3	1	3	3
vollkommen unwichtig	2	1	1	2
schwer zu sagen	2	3	1	1
Verbesserung der Sicherheit des Staates, Stärkung der Verteidigungsfähigkeit				
sehr wichtig	71	60	66	61
wichtig	21	31	25	28
mittelmäßig wichtig	3	4	5	5
unwichtig	2	3	2	3
vollkommen unwichtig	2	1	0	3
schwer zu sagen	1	0	2	1

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Womit sollte sich die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk aktuell vor allem beschäftigen? (%)
(Fortsetzung)

	07/2024	01/2025	11/2025	09/2026
Bekämpfung der illegalen Immigration nach Polen*				
sehr wichtig	56	50	55	51
wichtig	19	28	24	24
mittelmäßig wichtig	8	7	6	8
unwichtig	8	7	8	9
vollkommen unwichtig	7	7	5	6
schwer zu sagen	2	1	2	1
Bekämpfung der Inflation, Beschränkung von Preisanstiegen				
sehr wichtig	57	56	48	49
wichtig	30	30	34	34
mittelmäßig wichtig	5	6	8	7
unwichtig	5	5	6	6
vollkommen unwichtig	1	2	2	3
schwer zu sagen	2	1	2	1
Stärkung der Position Polens in Europa und der Welt				
sehr wichtig	-	51	52	48
wichtig	-	37	33	36
mittelmäßig wichtig	-	6	6	7
unwichtig	-	2	5	5
vollkommen unwichtig	-	3	2	2
schwer zu sagen	-	1	2	1
Verbesserung der öffentlichen Finanzen, Beschränkung des Haushaltsdefizits				
sehr wichtig				47
wichtig				45
mittelmäßig wichtig				7
unwichtig				5
vollkommen unwichtig				3
schwer zu sagen				2
Verbesserung der Effektivität von Gerichten und Staatsanwaltschaften				
sehr wichtig	53	43	47	42
wichtig	29	38	29	37
mittelmäßig wichtig	6	7	9	8
unwichtig	7	7	7	8
vollkommen unwichtig	2	3	4	3
schwer zu sagen	3	2	4	2
Schutz der Interessen der polnischen Bauern				
sehr wichtig	-	47	47	42
wichtig	-	33	30	33
mittelmäßig wichtig	-	10	9	11
unwichtig	-	7	9	11
vollkommen unwichtig	-	3	3	2
schwer zu sagen	-	1	2	1

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Womit sollte sich die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk aktuell vor allem beschäftigen? (%)
(Fortsetzung)

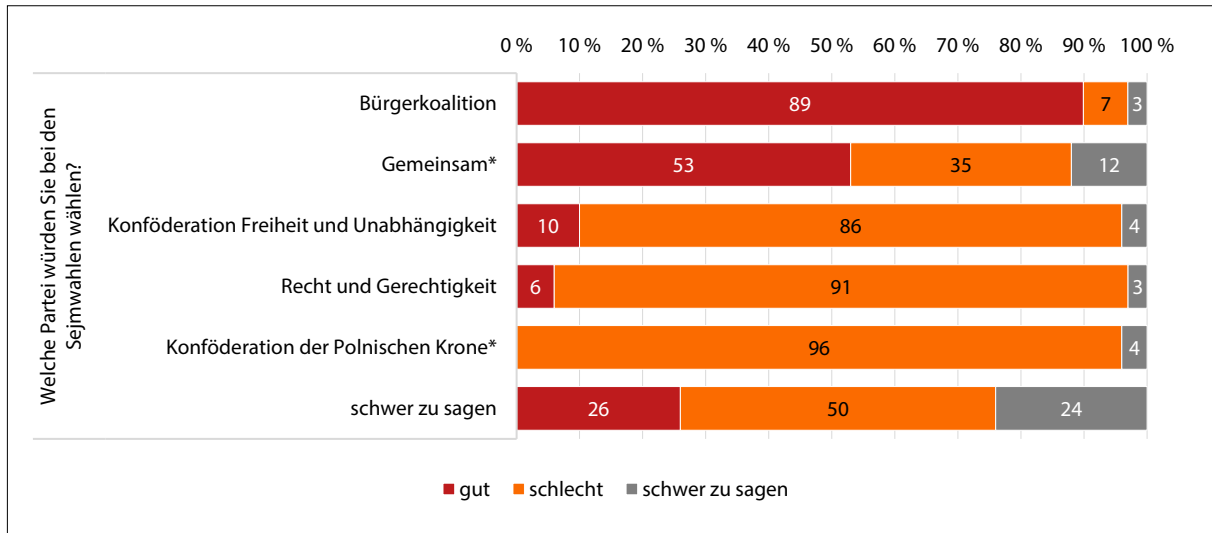
	07/2024	01/2025	11/2025	09/2026
Unterstützung der Unternehmer**				
sehr wichtig	42	38	40	35
wichtig	35	38	37	41
mittelmäßig wichtig	7	11	9	10
unwichtig	6	7	10	8
vollkommen unwichtig	6	2	2	5
schwer zu sagen	4	4	2	2
Besserer Zugang zu Wohnungen				
sehr wichtig	44	38	40	34
wichtig	26	32	35	33
mittelmäßig wichtig	9	12	9	12
unwichtig	12	11	12	12
vollkommen unwichtig	5	5	3	6
schwer zu sagen	4	2	2	3
Abrechnung mit den PiS-Regierungen				
sehr wichtig	37	32	31	31
wichtig	16	18	17	17
mittelmäßig wichtig	9	8	10	9
unwichtig	19	18	17	19
vollkommen unwichtig	17	22	22	21
schwer zu sagen	2	2	3	3
Abmilderung des Abtreibungsrechts				
sehr wichtig	35	32	29	30
wichtig	22	25	21	25
mittelmäßig wichtig	9	8	10	8
unwichtig	11	10	12	12
vollkommen unwichtig	20	21	24	21
schwer zu sagen	3	4	4	4
Bekämpfung des Klimawandels und Ausstieg aus der Kohle im Energiesektor				
sehr wichtig	23	19	19	19
wichtig	27	25	23	25
mittelmäßig wichtig	10	9	11	9
unwichtig	14	18	18	17
vollkommen unwichtig	22	25	26	26
schwer zu sagen	4	3	3	3

* 07/2024 und 01/2025: »Beschränkung der illegalen Immigration nach Polen«

** 07/2024 und 01/2025: »Verbesserung der Situation der Unternehmer«

Quelle: CBOS Flash 34/2026: Postulowane priorytety rzędu Donalda Tuska [Geforderte Prioritäten für die Regierung von Donald Tusk]. Warszawa 09/2026. www.cbos.pl

Grafik 1: Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Regierungstätigkeit unter Ministerpräsident Donald Tusk seit ihrem Amtsantritt? (%)



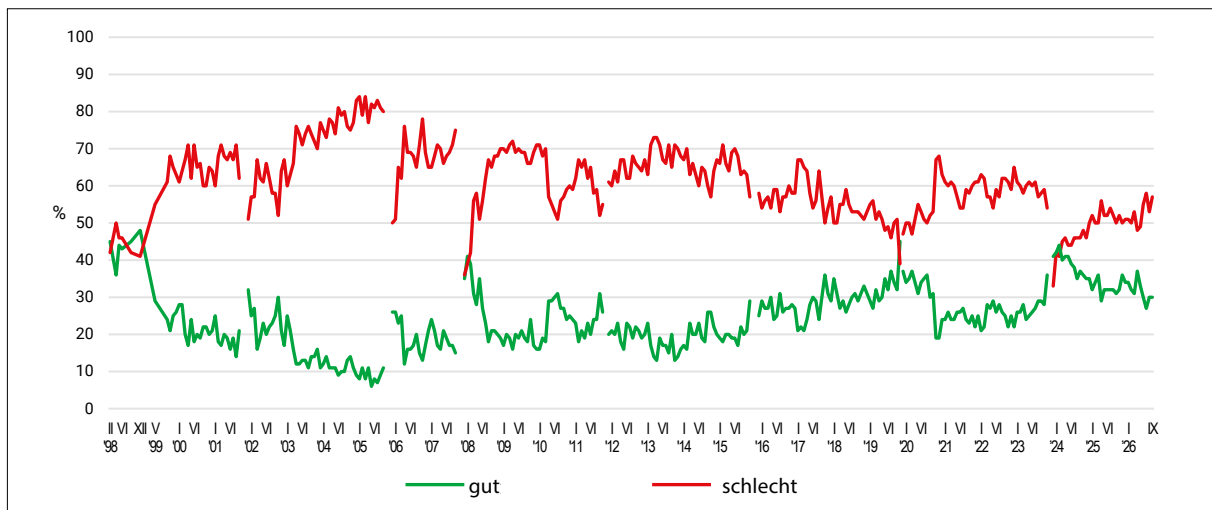
*Geringe Anzahl der Anhänger dieser Partei in der Umfrage.

Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO; Gemeinsam/Razem; Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit/Konfederacja Wolność i Niepodległość; Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość; Konföderation der Polnischen Krone/Konfederacja Korony Polskiej

Quelle: CBOS: Komunikat z badań 99/2026: Stosunek do rządu w drugiej połowie września [Die Einstellung zur Regierung in der zweiten Septemberhälfte]. Warszawa 10/2026. www.cbos.pl

Bewertung politischer Organe und Institutionen

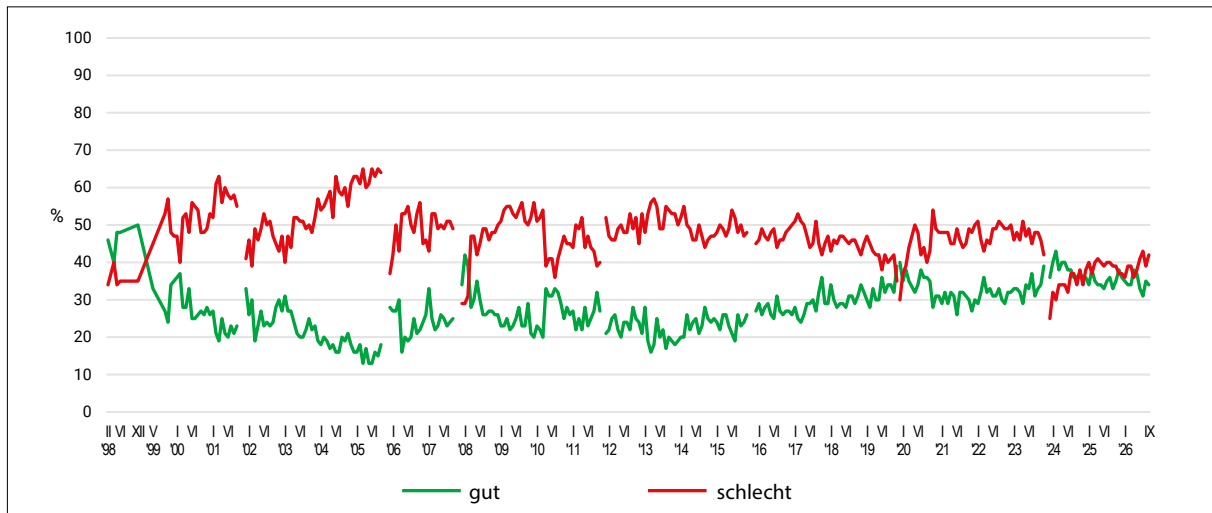
Grafik 1: Bewertung der Tätigkeit des Sejm (% , Februar 1998–September 2026)



Anm.: Die Antwort »schwer zu sagen« wurde weggelassen.

Quelle: CBOS: Komunikat z badań 103/2026: Oceny instytucji publicznych we wrześniu [Die Bewertung öffentlicher Institutionen im September]. Warszawa 10/2026. www.cbos.pl

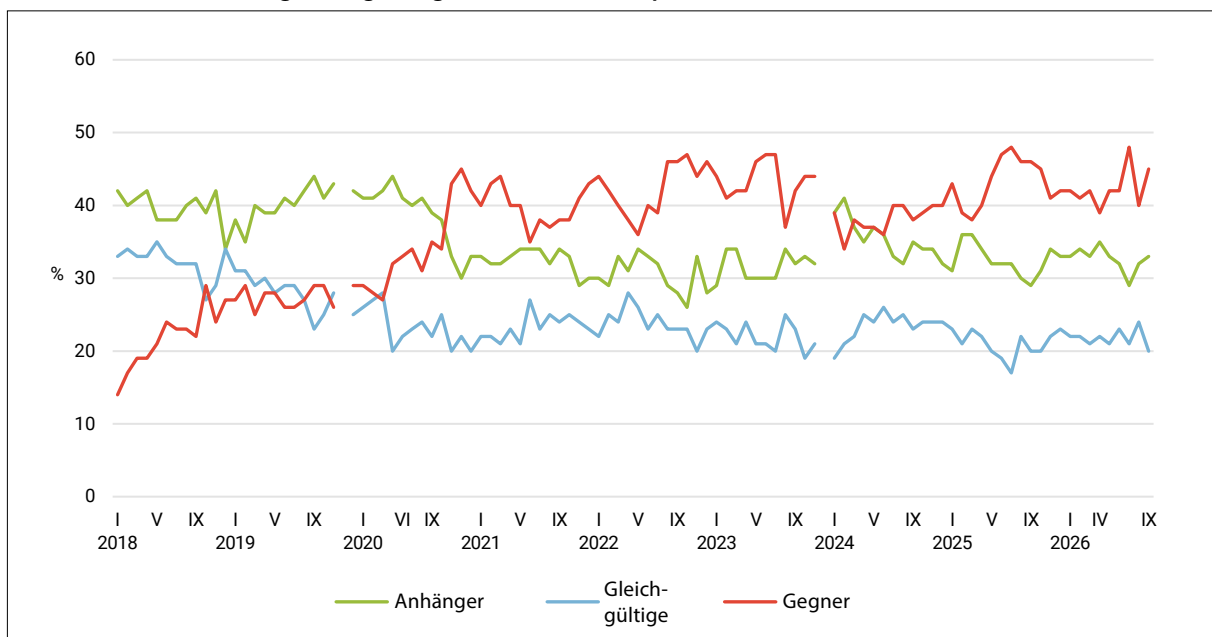
Grifik 2: Bewertung der Tätigkeit des Senats (% , Februar 1998–September 2026)



Anm.: Die Antwort »schwer zu sagen« wurde weggelassen.

Quelle: CBOS: Komunikat z badań 103/2026: Oceny instytucji publicznych we wrześniu [Die Bewertung öffentlicher Institutionen im September]. Warszawa 10/2026. www.cbos.pl

Grifik 3: Die Einstellung zur Regierung (% , Januar 2018–September 2026)



Anm.: Von Januar 2018 bis November 2019 erste Regierungsphase unter Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, von Januar 2020 bis November 2023 zweite Regierungsphase unter Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, ab Januar 2024 Regierungsphase unter Ministerpräsident Donald Tusk

Die Antwort »schwer zu sagen« wurde weggelassen.

Quelle: CBOS: Komunikat z badań 99/2026: Stosunek do rządu w drugiej połowie września [Die Einstellung zur Regierung in der zweiten Septemberhälfte]. Warszawa 10/2026. www.cbos.pl

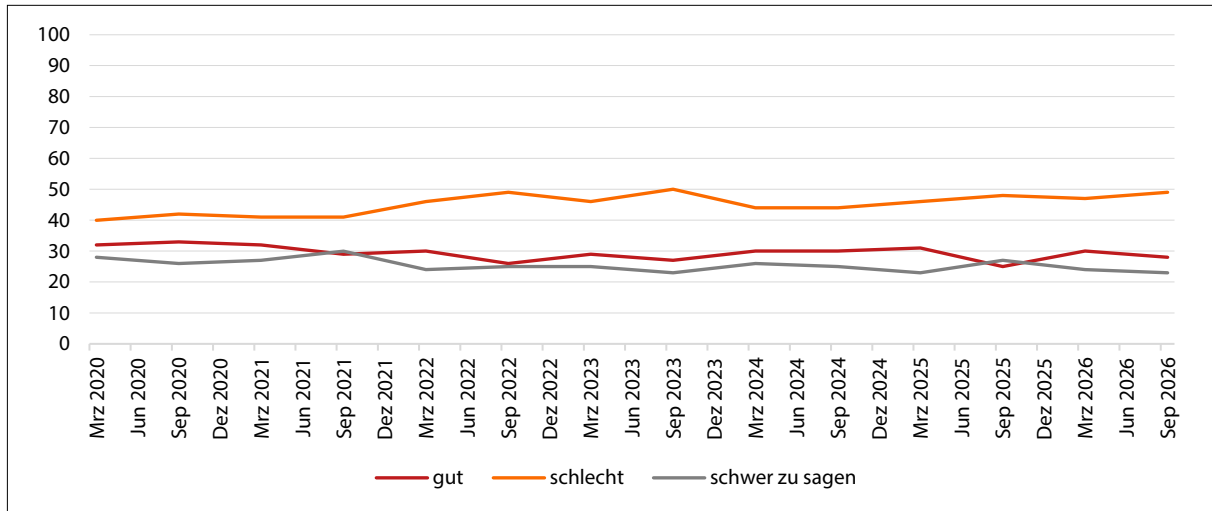
Grafik 4: Bewertung der Tätigkeit des Staatspräsidenten (% , Februar 1998–September 2026)



Anm.: Die Antwort »schwer zu sagen« wurde weggelassen.

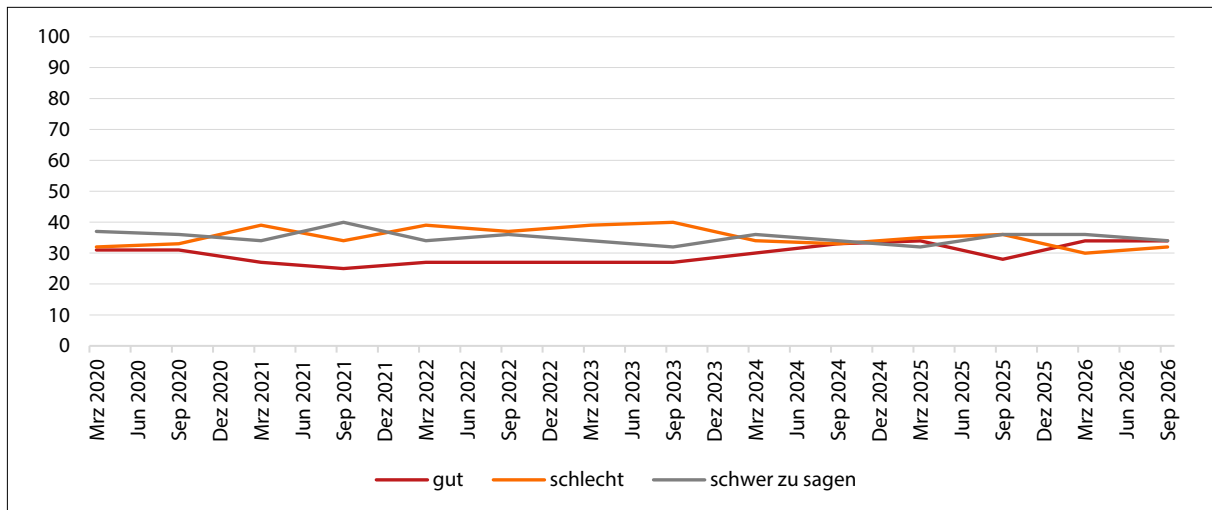
Quelle: CBOS: Komunikat z badań 103/2026: Oceny instytucji publicznych we wrześniu [Die Bewertung öffentlicher Institutionen im September]. Warszawa 10/2026. www.cbos.pl

Grafik 5: Bewertung der Tätigkeit der Gerichte (% , März 2020–September 2026)



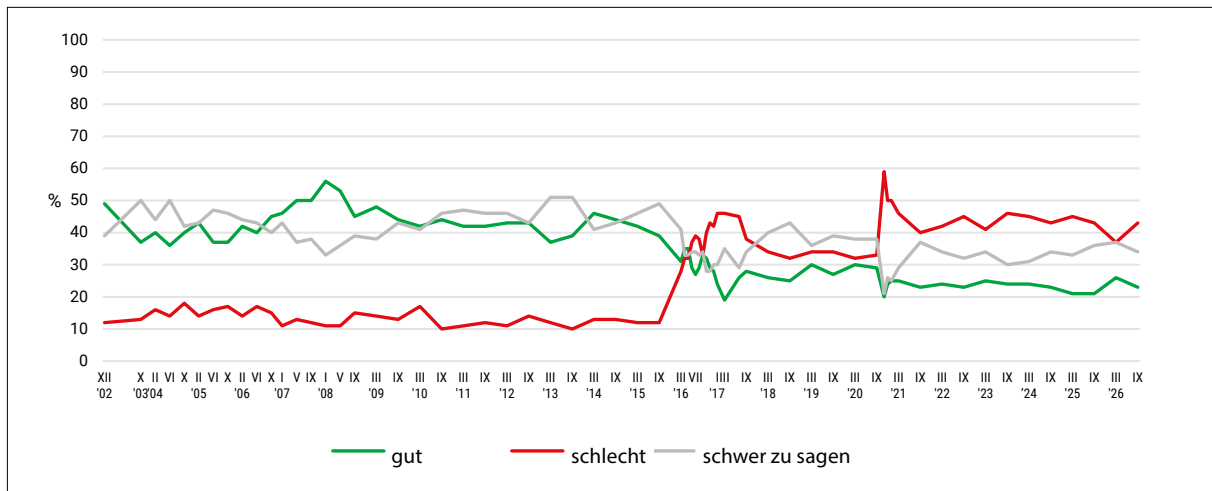
Quelle: CBOS: Komunikat z badań 103/2026: Oceny instytucji publicznych we wrześniu [Die Bewertung öffentlicher Institutionen im September]. Warszawa 10/2026. www.cbos.pl

Grafik 6: Bewertung der Tätigkeit der Staatsanwaltschaft (% , März 2020–September 2026)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań 103/2026: Oceny instytucji publicznych we wrześniu [Die Bewertung öffentlicher Institutionen im September]. Warszawa 10/2026. www.cbos.pl

Grafik 7: Bewertung der Tätigkeit des Verfassungstribunals (% , Dezember 2002–September 2026)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań 103/2026: Oceny instytucji publicznych we wrześniu [Die Bewertung öffentlicher Institutionen im September]. Warszawa 10/2026. www.cbos.pl

CHRONIK

6. Oktober – 19. Oktober 2026

06.10.2026	Die Regierung beschließt das Programm für Bevölkerungsschutz und Zivilverteidigung für die Jahre 2027–2031 in Höhe von 102 Mrd. Złoty (ca. 23,3 Mrd. Euro). Es umfasst die Ertüchtigung bzw. den Bau von Schutzräumen, die krisenfeste Versorgung mit Energie, Trinkwasser und Lebensmitteln, Investitionen in Rettungsgeräte und die Schulung der Bevölkerung für Krisenfälle.
07.10.2026	Paulina Hennig-Kloska, Ministerin für Klima und Umwelt, teilt mit, dass die Installation des ersten Offshore-Windparks in der Ostsee abgeschlossen ist. Es handelt sich um 76 Turbinen mit einer jährlichen Produktionsleistung von bis zu 4 TWh, was dem Stromverbrauch von ca. 1,5 Millionen Haushalten entspreche. Der 130 km² große Windpark liegt rund 20 Kilometer von der Küste entfernt in der Region Choczewo – Łeba.
08.10.2026	Ministerpräsident Donald Tusk beruft eine Eilsitzung mit den Ressortchefs der Ministerien des Inneren, für Digitalisierung, Gesundheit sowie Bildung, der Polizei sowie dem Koordinator der Geheimdienste ein. Grund ist ein Messerangriff in einer Schule in Ostrołęka am Vortag bzw. Leszczydół-Nowiny (województwo mazowieckie/Woiwodschaft Masowien) heute, bei denen mehrere Personen verletzt und eine Person getötet wurde. Hinzu kommt ein mutmaßlicher Anschlagversuch eines Schülers in Sierpc, der vereitelt wurde. Künftig soll die Polizei in Schulgebäuden sowie deren Umgebung präsenter sein. Außerdem spricht sich Tusk dafür aus, Hassrede im Internet direkt verbieten zu können.
08.10.2026	Der Sejm verabschiedet mit 242 Ja-Stimmen, 61 Nein-Stimmen und 136 Enthaltungen ein im Eilverfahren eingebrachtes Gesetz, das Gerichten ermöglicht, illegale Inhalte im Internet zu verbieten. Der Hintergrund ist ein Messerangriff in einer Schule in Ostrołęka am Vortag bzw. Leszczydół-Nowiny (województwo mazowieckie/Woiwodschaft Masowien) heute mit Verletzten und einer Toten. Ministerpräsident Donald Tusk weist darauf hin, dass eine entsprechende EU-Verordnung bereits im Januar vom Sejm verabschiedet worden war, jedoch von Präsident Karol Nawrocki mit Veto belegt wurde. Nawrocki sagt in seiner Kondolenzbotschaft während seines offiziellen Besuchs auf den Philippinen, die Tragödien dürften nicht für politische Angriffe genutzt werden.
09.10.2026	In Warschau empfängt Sejmmarschall Włodzimierz Czarzasty Bundestagspräsidentin Julia Klöckner und die Präsidentin der französischen Nationalversammlung, Yaël Braun-Pivet. Angesichts der volatilen geopolitischen Lage sei es für mehr gemeinsame Sicherheit in Europa erforderlich, die Zusammenarbeit der europäischen Staaten neben der transatlantischen Partnerschaft zu intensivieren. Gemeinsam mit dem ukrainischen Parlamentspräsidenten Ruslan Stefantschuk wird die Rolle der Parlamente bei der Bekämpfung von Populismus und extremistischen Tendenzen im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine thematisiert.
11.10.2026	Jacek Dobrzyński, Sprecher des Ministers für die Koordination der Geheimdienste, teilt mit, dass Hinweise auf einen Anschlag auf Ministerpräsident Donald Tusk sowie Vizeministerpräsident und Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz eingegangen sind. Die Angelegenheit werde sehr ernst genommen. Polizei und Staatsschutz kommen zu einer Sondersitzung zusammen.
12.10.2026	Zu Beginn der zweitägigen Konferenz Warsaw Security Forum 2026 betont Ministerpräsident Donald Tusk in seiner Rede, der Weg zum Frieden zwischen Russland und der Ukraine führe über die Einstellung der russischen Aggression gegenüber der Ukraine und nicht über Zugeständnisse gegenüber Russland.
12.10.2026	In Warschau unterzeichnen Ministerpräsident Donald Tusk und sein norwegischer Amtskollege Jonas Gahr Støre eine Erklärung über die strategische Partnerschaft beider Länder. Sie bezieht sich im Bereich Sicherheit und Verteidigung auf den Schutz kritischer Infrastruktur, die Mobilität der Streitkräfte, Energiesicherheit, die Intensivierung der Zusammenarbeit der Rüstungsindustrie und die Unterstützung der Ukraine.
13.10.2026	Außenminister Radosław Sikorski nimmt im Rahmen der zweitägigen Konferenz Warsaw Security Forum 2026 an einer Podiumsdiskussion mit seinen Amtskollegen aus Deutschland, Norwegen und Großbritannien teil. Nach Einschätzung Sikorskis könne Europa eine zentrale Rolle in der Weltpolitik spielen, auch wenn sich eine Abkehr von der internationalen Rechtsordnung vollzieht. Er verweist auf das wirtschaftliche Potential Europas und darauf, dass Polen seine militärische Abschreckungsstrategie ausbaue.
14.10.2026	Maciej Berek, der im September vom Sejm zum Richter des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny – TK) gewählt wurde, legt vor dem Sejm seinen Eid ab, den er um die Formulierung »gegenüber dem Präsidenten« ergänzt. Präsident Karol Nawrocki ist bei der Zeremonie nicht anwesend. Üblicherweise findet die Vereidigung im Präsidentenpalast statt; Nawrocki hat bisher jedoch keine Einladung ausgesprochen. Im April war es zu einer ähnlichen Situation gekommen, woraufhin der Präsident des TK, Bogdan Świączkowski, den betreffenden drei Richtern und einer Richterin die Ausübung ihrer Tätigkeit verweigerte. Im Anschluss an die Zeremonie im Sejm begeben sich Berek und die vier Amtskollegen zum TK. Dort protestieren Anhänger des rechtsgerichteten politischen Lagers gegen eine »gewaltsame Übernahme« des TK unter Zuhilfenahme der Polizei. Es kommt zu Rangeleien zwischen Demonstranten und der Polizei.

16.10.2026	Am Rande einer Demonstration vor dem Verfassungstribunal (Trybunał Konstytucyjny – TK), zu der sich Medienschaffende und Anhänger des rechtsgerichteten politischen Lagers versammelt haben, nimmt die Polizei einen Mann fest. Dabei verletzt dieser eine Polizistin mit einem Messer. Innenminister Marcin Kierwiński warnt davor, Angriffe auf die Polizei gutzuheißen und eine Eskalation herbeiführen zu wollen.
17.10.2026	Im Rahmen der »Akademie für Bevölkerungsschutz und Zivilverteidigung« findet an 2.000 Veranstaltungsorten in Polen ein speziell auf Familien ausgerichtetes Übungsprogramm für den Krisen- und Katastrophenfall statt. Nach Angaben des Innenministeriums haben bisher 800.000 Personen an den insgesamt 3.500 Veranstaltungen der Akademie teilgenommen.
19.10.2026	Vizeverteidigungsminister Cezary Tomczyk bestätigt die Festnahme eines Mannes mit sowohl polnischer als auch ukrainischer Staatsbürgerschaft Ende letzter Woche. Der Mann sei Teilnehmer eines Offizierskurses an der Medizinischen Militärakademie in Lodz (Łódź). Der Militärische Nachrichtendienst untersuche, ob ein Spionagevorfall für ein anderes Land vorliege, teilt Tomczyk mit.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2026 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:

<https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

